

A1 Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 22.12.2022
Tagesordnungspunkt: 1. Tagesordnung, Begrüßung und Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1 Tagesordnung, Begrüßung und Formalia
- 2 TOP 2 Satzungsänderungsanträge
- 3 TOP 3 Anträge
- 4 TOP 4 Finanzieller Rechenschaftsbericht
- 5 TOP 5 Finanzen
- 6 TOP 6 Wahlen
- 7 TOP 7 Verschiedenes

T1 Tagesordnung

Gremium: Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 28.01.2023
Tagesordnungspunkt: 1. Tagesordnung, Begrüßung und Formalia

Antragstext

- 1 1) Tagesordnung, Begrüßung und Formalia
- 2 2) Anträge I
- 3 3) Finanzieller Rechenschaftsbericht
- 4 4) Finanzen
- 5 5) Wahlen
- 6 6) Anträge II
- 7 7) Verschiedenes

A2NEU Leitantrag: Queerfeministische Außenpolitik - die Verteidigung von Menschenrechten, Gerechtigkeit und Klimaschutz.

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein fordert eine Außenpolitik, die sich aktiv
- 2 für die Verteidigung von Menschenrechten, die Förderung von Frieden und
- 3 Gerechtigkeit weltweit und den Schutz des Klimas einsetzt. Dabei ist es
- 4 unerlässlich, dass eine queerfeministische Perspektive in die Außenpolitik
- 5 einbezogen wird.

- 6 Eine queerfeministische Außenpolitik berücksichtigt, dass patriarchale
- 7 Strukturen und Machtverhältnisse sowohl innerhalb als auch zwischen Staaten eine
- 8 entscheidende Rolle in Konflikten, Ungerechtigkeiten und dem Fortschreiten der
- 9 Klimakatastrophe spielen. Eine Außenpolitik, die diese Zusammenhänge ignoriert,
- 10 ist unzureichend und ungenügend.

- 11 Wir fordern, dass Deutschland sich auf internationaler Ebene für die
- 12 Durchsetzung von Menschenrechten einsetzt, insbesondere für die Rechte von
- 13 Frauen, LGBTQIA+ Personen und anderen marginalisierten Gruppen, wie zuletzt den
- 14 migrantisierten Arbeiter*innen in Katar. Deutschland soll hierbei insbesondere
- 15 durch diplomatische Mittel und gezielte Entwicklungszusammenarbeit agieren.
- 16 Militärische Mittel wie Waffenlieferungen sollten nur als ultima ratio in
- 17 Betracht gezogen werden, sind jedoch angesichts des völkerrechtswidrigen
- 18 Angriffs Russlands auf die Ukraine neu zu bewerten und nicht mehr kategorisch
- 19 auszuschließen.

- 20 Weiterhin fordern wir, dass Deutschland sich in der Europäischen Union und in
- 21 anderen internationalen Organisationen für eine solidarische und gerechte
- 22 Migrationspolitik einsetzt, die die Menschenrechte verteidigt und das Asylrecht
- 23 wahrt.

- 24 Letztlich ist eine queerfeministische Außenpolitik unerlässlich, um Konflikte,
- 25 Ungerechtigkeiten und den Klimawandel zu verstehen und zu bekämpfen. Die
- 26 Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Schleswig-Holstein fordert deshalb
- 27 die Bundesregierung auf, sich aktiv für eine queerfeministische Außenpolitik
- 28 einzusetzen, die sowohl den Schutz von Menschenrechten als auch den Klimaschutz
- 29 in den Fokus stellt.

A3 Menschenrechte queer gelesen

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Freiheit und Menschenrechte ist für einen großen Teil unserer Generation eine
- 2 Selbstverständlichkeit. Doch viel zu häufig werden Teile der Gesellschaft
- 3 ausgeschlossen und diskriminiert aufgrund ihrer sexueller oder romantischen
- 4 Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder
- 5 Geschlechtsmerkmalen. Solange die Gleichstellung von LGBTQIA+ lokal und global
- 6 nicht erreicht ist, ist es unsere Aufgabe laut dafür einzustehen.
- 7 Wir fordern:
- 8 - Eine deutsche Außenpolitik, die queerfeministischen Bewegungen weltweit aktiv
- 9 unterstützt und ihre Arbeit fördert
- 10 - Eine Vereinfachung der humanitären Visa für Menschenrechtsaktivist*innen im
- 11 Queer-Bereich
- 12 - Die Anerkennung von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung,
- 13 Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und Geschlechtsmerkmalen als
- 14 Fluchtursache
- 15 - Die Anwendung der Yogyakarta-Prinzipien

Begründung

Erklärung:

Die Yogyakarta-Prinzipien sind eine international anerkannte Erklärung von Menschenrechten, die sich auf die Rechte von Personen beziehen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und Geschlechtsmerkmale diskriminiert werden. Sie enthalten 29 Prinzipien, die die Rechte von LGBTQIA+-Personen in Bereichen wie Bildung, Arbeit, Gesundheit, Wohnen, Familie, öffentlichen Dienstleistungen, Justiz, Polizei und Verteidigung umfassen.

A4NEU Solidarität mit den Protesten im Iran

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Solidarität mit den Protesten im Iran

2 Am 16. Dezember wurde Jina Mahsa Amini, eine junge kurdische Iranerin durch die
3 Sittenpolizei des Mullah Regimes ermordet. Seitdem protestieren tausende Frauen,
4 queere Menschen und Jugendliche gegen das Regime. Sie reißen sich öffentlich das
5 Kopftuch ab und legen sich damit mit dem Repressionsapparat an, welcher auf
6 brutalste Weise gegen die demonstrierenden vorgeht.

7 Die Protestbewegung, die keine rein weibliche ist und von Menschen aller
8 Altersklassen unterstützt wird, kämpft unter dem Leitspruch „Jin, Jiyan, Azadi –
9 Zan, Zendegi, Azadi! Frau, Leben, Freiheit“ für Freiheit und Demokratie.

10 Die wirtschaftliche Situation des Irans spaltet die Bevölkerung seit Jahren in
11 Angehörige des Mullah Regimes, die ein Luxusleben führen und wenige die von den
12 Gewinnen der Ölwirtschaft profitieren, und die Zivilbevölkerung, die immer
13 weiter verarmt und teilweise nicht einmal Zugang zu sauberem Trinkwasser hat.
14 Immer mehr Menschen schließen sich den Protesten an und wehren sich gegen
15 Unterdrückung von Frauen und queeren Menschen und gegen Armut und die Ausbeutung
16 der Arbeiter*innen. Sie lehnen sich damit gegen einen Staat auf, der gegen die
17 eigene Zivilbevölkerung mit extremer Gewalt vorgeht und den Protest
18 niederschlägt. Seit Beginn der Aufstände wurden tausende Protestierende
19 inhaftiert, gefoltert und gar getötet. Trotzdem gelingt es dem Regime nicht, die
20 Bewegung zu beenden. Denn ein großer Teil der Iraner*innen steht für Demokratie,
21 Gleichberechtigung und Freiheit ein.

22 Seit der islamischen Revolution wurde der Verschleierungszwang eingeführt und
23 Grundrechte von Frauen wurden direkt von der islamischen Regierung
24 eingeschränkt. In den folgenden Jahren wurden Kurd*innen diskriminiert,
25 Oppositionelle verfolgt und das Regime hat seinen Machtapparat ausgebaut.

26 Die Menschen im Iran nehmen extreme Risiken in Kauf, um für Freiheit zu kämpfen.
27 Jetzt liegt es an uns, sie dabei bestmöglich zu unterstützen.

28 Deshalb fordern wir:

- 29 • Die Revolutionsgarde muss von der EU offiziell als Terrororganisation
30 eingestuft werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich hierfür konsequent
31 einzusetzen. Dies hätte die Einfrierung von Vermögenswerten zur Folge.
- 32 • Geflüchtete Menschen aus dem Iran müssen schnellstmöglich unbürokratisch und
33 bedingungslos aufgenommen werden. Dies kann durch Bundes- oder
34 Landesaufnahmeprogramme geschehen.
- 35 • Es muss gezielte Sanktionen gegen Personen und Organisationen geben die mit
36 dem Mullah-Regime verstrickt sind. Sanktionen, die die Bevölkerung des Irans
37 treffen sind kontraproduktiv.

- 38 • Es gilt Menschen, die für die Bundesrepublik Deutschland gearbeitet haben und
39 durch ihre Tätigkeit gefährdet sind, zu schützen und ihnen und ihren
40 Familienangehörigen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen.
- 41 • Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp in den Iran. Außerdem muss das
42 geltende Einreiseverbot für abgeschobene Menschen zurückgenommen werden.
- 43 • Es ist richtig, dass die Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag gestoppt
44 wurden, denn es ist zurecht umstritten ob man mit dem Mullah Regime Abmachungen
45 eingehen kann.
- 46 Doch während im Iran Kurd*innen treibende Kraft für die Proteste sind, werden
47 sie in Südkurdistan von der Türkei angegriffen. Die Bundesregierung schweigt
48 dazu bislang. Deutschland muss sich für eine unabhängige Aufklärung einsetzen
49 und die Angriffe auf Nord-Ost Syrien (Rojava) verurteilen.
- 50 Gleichzeitig liegt es an uns die iranische Bevölkerung durch mediale
51 Aufmerksamkeit und Solidaritätsveranstaltungen zu unterstützen. Und unsere
52 Stimme für sie zu erheben, wenn das Regime versucht, die Proteste zu
53 unterdrücken und Messenger und Internet abschaltet. Ebenfalls wird durch die
54 Waffenlieferungen des Mullah-Regimes an Russland verdeutlicht, dass die
55 autokratischen Regime der Welt, enger aneinander rücken. Diese Bündnisse gegen
56 die Demokratie und Freiheit müssen wir ernst nehmen. Denn wir als Grüne Jugend
57 setzen uns unabhängig von medialer Präsenz des Themas international für die
58 Einhaltung von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit ein und fordern eine
59 Außenpolitik in der die Menschenrechte im Mittelpunkt des politischen Handelns
60 stehen. Die Bundesregierung bekennt sich dazu durch das Bekenntnis zu
61 feministischer Außenpolitik.
- 62 Solange diese Werte aber nicht konsequent in die Tat umgesetzt werden liegt es
63 an uns immer wieder gegen Unterdrückung und Diskriminierung und für Demokratie,
64 Gleichberechtigung und die Einhaltung von Menschenrechten einzustehen.

A5 Soziale Medien demokratisieren und demokratische Debattenräume nutzen

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Die GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein möge beschließen:
- 2 Soziale Medien sind fester Bestandteil des Lebens vieler Menschen geworden. Es
3 findet eine globale Vernetzung statt, es werden politische Inhalte verbreitet
4 und Produkte werden verkauft. Die Wirkweisen der sozialen Medien sind
5 vielschichtig
- 6 Gleichzeitig sind Hass und Hetze, Datenmissbrauch sowie Profitinteressen
7 omnipräsent bei der Nutzung sozialer Medien. Es entsteht eine Zwickmühle:
8 Politik findet im digitalen Raum statt, aber die Policies sozialer Medien
9 stellen teilweise eine Gefahr für die Demokratie und demokratische Debatten dar.
10 Insbesondere das russische Regime hat in den letzten Jahren wiederholt soziale
11 Medien genutzt, um Desinformationen zu verbreiten, Wahlen und gesellschaftliche
12 Debatten zu beeinflussen und Demokratien zu destabilisieren.
- 13 Als GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein verurteilen wir die Mechanismen von
14 Plattformen, die demokratischen Prinzipien zuwiderlaufen. Deshalb fordern wir:
- 15 • Die Schaffung eines klaren Rechtsrahmens für Plattformen bei der
16 Regulierung von Inhalten
 - 17 • Eine verpflichtende und konsequente Bekämpfung von Hass, Hetze,
18 Desinformationen, Verschwörungserzählungen und rechtsextremen Strukturen
19 im Netz durch die Plattformbetreiber*innen und Sicherheitsbehörden.
 - 20 • Unterstützung von Projekten wie HateAid, um die Opfer von Hass und Hetze
21 im Netz zu unterstützen
 - 22 • Transparenzregelungen für Sicherheitsmechanismen und Algorithmen
 - 23 • Transparenzregelungen für Werbung in sozialen Medien
 - 24 • Verbot der Vorratsdatenspeicherung
 - 25 • Medienbildung und Aufklärung über die Funktionsweisen von Algorithmen und
26 der Verwendung von anfallenden Daten
- 27 Gleichzeitig bieten die sozialen Medien vielen Themen und Bewegungen eine vorher
28 nie dagewesene globale Öffentlichkeit und führen zur Vernetzung und zu einem

29 unmittelbaren Informationsfluss weltweit. Für unser Handeln als GRÜNE JUGEND
30 Schleswig-Holstein bedeutet dies:

- 31 • Nutzung aller etablierten Plattformen, um eine größtmögliche Reichweite zu
32 bekommen und Menschen mit unseren politischen Inhalten zu erreichen
- 33 • Keine Plattform bieten: Blockieren von Trolls, konsequentes Vorgehen gegen
34 Hass und Hetze
- 35 • Berücksichtigung von Barrieren auf den etablierten Plattformen und daraus
36 resultierend eine möglichst barrierearme Ansprache (Untertitel,
37 Bildbeschreibungen, einfache Sprache), um möglichst vielen Menschen zu
38 erreichen
- 39 • Öffentliche Aufklärung und Thematisierung der Nachteile der jeweiligen
40 Plattform

41 Unser Bestreben sind demokratische Debattenräume. Wir dürften den
42 demokratiefeindlichen Akteur*innen dieses Feld nicht überlassen, sondern müssen
43 dem aktiv entgegenwirken und diese Debattenräume für unsere politischen
44 Forderungen – auch in Bezug auf den Umgang mit Plattformen – nutzen.

A6 Polizeigewalt anerkennen und aufarbeiten!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Am 14.01.2023 reisten 35.000 Menschen aus verschiedensten Nationen nach
2 Nordrhein-Westfalen, um für den Erhalt des Dorfes Lützerath und einen früheren
3 Ausstieg aus der Kohle zu protestieren. Die Demonstration war legal angemeldet
4 und sollte friedlich vonstattengehen. Stattdessen kam es an diesem Tag, aber
5 auch schon an den vorangegangenen und an den auf die Demonstration folgenden
6 Tagen, zu massiver Gewalt. Polizeigewalt war hier keine Ausnahme, sondern für
7 viele der Aktivist*innen Normalität – das darf nicht länger Realität sein.
8 Polizist*innen, deren Beruf sich genau dadurch auszeichnet, dass sie in
9 Gewaltsituationen deeskalierend handeln sollen, dürfen nicht länger die
10 Möglichkeit haben, sanktionsfrei Demonstrierende zu verletzen und müssen von
11 Beginn an lernen, wie gewaltfreie Deeskalation funktioniert, um Vorkommnisse wie
12 die in Lützerath zu vermeiden.

13 Daher fordern wir:

- 14 • eine umfassende Aufarbeitung der Geschehnisse in Lützerath.
- 15 • die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für Opfer von
16 Polizeigewalt, die eine umfassende Aufklärung und Verfolgung von Fällen
17 von Gewalt durch Polizeibeamte ermöglicht.
- 18 • Einen stärkeren Fokus auf die Themen Gewaltprävention und Deeskalation,
19 auch mit speziellem Fokus auf Demonstrationen, in der Polizeiausbildung
20 sowie verpflichtende Schulungen und Weiterbildungen zu entsprechenden
21 Themen während der Berufslaufbahn.
- 22 • Schaffung von Transparenz und Rechenschaftspflicht durch die Einführung
23 einer Pflicht zur Dokumentation und Veröffentlichung von Einsatzberichten
24 sowie die Bereitstellung von Daten über polizeiliche Einsätze und
25 Gewaltanwendungen.
- 26 • Unterstützung von Reformen im Justizsystem, um eine effektivere Verfolgung
27 von Fällen von Polizeigewalt zu ermöglichen. Hierzu gehört u.a. die
28 Kennzeichnungspflicht jedes*jeder Polizist*in und eine unabhängige
29 Bearbeitungsstelle. Polizist*innen dürfen nicht länger die Fälle ihrer
30 Kolleg*innen bearbeiten.

A7 Ziviler Ungehorsam ist kein Terrorismus – Solidarität mit der „Letzten Generation“!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein möge
2 beschließen:

3 Während der russische Angriffskrieg, die Revolution im Iran und nicht zuletzt
4 auch die Fußball-WM der Männer in Katar – um nur drei Beispiele zu nennen – in
5 den vergangenen 12 Monaten den wohl größten Teil der medialen Aufmerksamkeit auf
6 sich zogen, rückte ein Thema in den Hintergrund: Die Klimakrise. Das änderte
7 sich, als Aktivist*innen der „Letzten Generation“ mit Aktionen des zivilen
8 Ungehorsams, wie z.B. das Festkleben an Straßen oder das Blockieren von
9 Rollfeldern, auf sich und die Klimakrise aufmerksam machten und in Nordrhein-
10 Westfalen die Räumung des Dorfes Lützerath begann.

11 Die „Letzte Generation“ formuliert zwei Forderungen: ein bundesweites Tempolimit
12 von 100km/h und die dauerhafte Einführung des 9€-Tickets – beides mit dem Ziel,
13 CO₂ einzusparen und so dem Klimawandel entgegenzuwirken.

14 Was die „Letzte Generation“ fordert, ist keine Utopie oder etwas, was aktuell
15 völlig unrealistisch wäre. Das Tempolimit funktioniert in anderen Staaten, das
16 9€-Ticket ließe sich z.B. durch das Abschaffen der Pendlerpauschale und des
17 Dieselprivilegs, eine Vermögenssteuer oder einen sofortigen Investitionsstopp in
18 Autobahnen und klimaschädlichen Individualverkehr leicht finanzieren und
19 weiterführen. Ziel der Proteste der „Letzten Generation“ ist es, Aufmerksamkeit
20 für die Krise und infolgedessen die politische Umsetzung zweier Maßnahmen,
21 welche in der Umsetzung realistisch und im Kampf gegen die Krise wirksam wären,
22 zu schaffen.

23 Was die „Letzte Generation“ nicht fordert, ist ein Systemumsturz. Dass aus
24 zivilem Ungehorsam Strafen folgen können, nehmen die Aktivist*innen in Kauf, es gab
25 bisher weder Widersprüche noch Gewalt. Friedlicher und gewaltfreier ziviler
26 Ungehorsam ist politische Partizipation. Aktivist*innen versuchen für mehr
27 Gerechtigkeit zu sorgen, indem sie bewusst gegen rechtliche Normen verstoßen und
28 die Folgen dessen akzeptieren. Sie erwarten keine Stellung außerhalb des
29 geltenden Rechtssystems, sondern fügen sich dem Geltenden - um für die Grundlage
30 unser aller Überleben zu kämpfen. Das ist kein Terrorismus.

31 Auch friedlicher und gewaltfreier ziviler Ungehorsam soll nicht immer schön und
32 angenehm sein, sondern ganz bewusst irritieren oder auch nerven und unserer
33 Gesellschaft den Spiegel vorhalten. Ohne diese Form des Widerstands wären viele
34 historische Fortschritte, wie zum Beispiel die Einführung des Frauenwahlrechts,
35 nicht möglich gewesen.

36 Wir fordern:

- 37 • Eine stärkere Abgrenzung Abgrenzung zwischen zivilem Ungehorsam und
38 Terrorismus in der öffentlichen Debatte und in jeglicher politischer
39 Arbeit.
 - 40 • Das Beenden des Einsetzens von Präventivhaft als Konsequenz für zivilen
41 Ungehorsam
 - 42 • Keine weiteren Strafverschärfungen für spezifische Protestformen
 - 43 • Eine Sensibilisierung der Polizei und Justiz für die Unterschiede zwischen
44 zivilen Ungehorsam und Terrorismus, um sicherzustellen, dass friedliche
45 Proteste nicht unverhältnismäßig unterdrückt werden.
 - 46 • Die Unterstützung von Initiativen und Projekten, die sich für den
47 friedlichen zivilen Ungehorsam einsetzen und diesen in der Gesellschaft
48 stärker verankern.
- 49 Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 festgestellt, dass Deutschland
50 verpflichtet ist, Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen. Im
51 Pariser Klimaabkommen haben sich 2015 knapp 200 Staaten verpflichtet, den
52 globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu limitieren. Klimaschutz ist
53 Menschenrecht. Um Menschenrechte zu schützen, und unser aller Zukunft zu sichern
54 darf ziviler Ungehorsam unter keinen Umständen mit Terror gleichgesetzt werden.

A8 Gegen jeden Antisemitismus! Samidoun auf die deutsche und EU-Terrorliste

Antragsteller*in: Felix Hillenkamp (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Die Organisation Samidoun Palestinian Prisoner Solidarity Network wurde von
2 hochrangigen Mitgliedern der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas)
3 gegründet - einer Organisation, die bereits von der EU, den USA und Kanada als
4 Terrororganisation gelistet wird und gezielt Jüdinnen*Juden in Israel ermordet.
5 (1) Offiziell handelt es sich um eine Organisation, die sich für die Freilassung
6 politischer Gefangene einsetzt oder um es in eigenen Worten zu sagen: "Samidoun
7 seeks to achieve justice for Palestinian prisoners through events, activities,
8 resources, delegations, research and information-sharing, as well as building
9 bridges with the prisoners' movement in Palestine."(2) Der Begriff von
10 politischen Gefangenen umfasst für Samidoun Menschen unabhängig davon ob sie
11 Generalsekretär einer Terrororganisation sind oder weil sie Sicherheitskräfte
12 angegriffen haben. Generell lässt sich keine genauere Schärfung des Begriffes
13 feststellen.(3) In einigen Bereichen wird auch explizit die Freilassung aller
14 Gefangenen gefordert, was im Umkehrschluss die Befreiung von antisemitischen
15 Islamist*innen bedeuten würde. Darüber hinaus lassen sich auch finanzielle
16 Verbindungen zu der Terrororganisation herstellen, PayPal, DonorBox, and Plaid
17 verweigerten ihren Dienst aufgrund der Aktivitäten. (4) Der Koordinator von
18 Samidoun in Europa ist zudem ebenfalls Mitglied der PFLP und steht sinnbildlich
19 für die enge personelle Überschneidung. (5) Auch gemeinsamen Aktivitäten von
20 PFLP und Samidoun sind keine Seltenheit. So wurde beispielsweise die Freilassung
21 von Georges Ibrahim Abdallah gefordert, einem Terroristen der aktuell in
22 Frankreich wegen eines Doppelmordes an einem us-amerikanischen Soldaten und
23 einem israelischen Diplomaten sowie dem versuchten Mord an einem us-
24 amerikanischen Diplomaten inhaftiert ist. (6)

25 Aktivitäten in Deutschland:

26 Auch in Deutschland ist die Organisation aktiv und dabei nicht ungefährlich. So
27 wurde gemeinsam mit der antisemitischen BDS-Gruppe in Berlin die verurteilte
28 Terroristin Rasmea Odeh eingeladen, die für den Doppelmord an zwei israelischen
29 Student*innen als Mitglied der PFLP verantwortlich ist. (7) Die Veranstaltung
30 konnte zwar letztendlich durch ein Verbot der Senatsverwaltung für Inneres in
31 Berlin untersagt, zeigt aber offen die politische Ausrichtung der Gruppe in
32 Deutschland. Auch auf den Demonstrationen zeigt sich offen die Fratze der
33 Gruppierung, mehrere antisemitische Vorfälle sind dokumentiert. (8)

34 Aus diesen Gründen fordern wir als GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein, dass
35 Samidoun als Vorfeldorganisation der PFLP genau wie die PFLP auf die Terrorliste
36 Deutschlands sowie im Falle von Samidoun ebenfalls auf die Terrorliste der EU
37 ergänzt werden muss.

Begründung

(1) <https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-11/anschlag-auf-synagoge-in-jerusalem-mehrere-tote>

(2) <https://samidoun.net/about-samidoun/>

- (3) <https://www.revolutionarycommunist.org/middle-east/palestine/5225-interview-with-pflp-and-samidoun>
- (4) <http://www.thetower.org/7282-global-payment-giants-remove-account-of-bds-organization-over-purported-links-to-terrorists/>
- (5) <https://english.palinfo.com/news/2016/7/4/PFLP--The-PA-hinders-the-internationalization-of-prisoners%E2%80%99-issue>
- (6) <https://www.facebook.com/SamidounPrisonerSolidarity/photos/a.397200253646800/220-5633219470152/?type=3&theater>
- (7) <https://taz.de/Veranstaltung-mit-Rasmea-Odeh-in-Berlin!/5580444/>
- (8) <https://democ.de/en/article/drecksjude-antisemitische-parolen-und-angriffe-auf-journalisten-berlin/> oder auch <https://twitter.com/FriedensWatch/status/1480162872709767172>

A9NEU Minderheiten und Aktivist*innen schützen – Chinesisches Regierungshandeln verurteilen!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 In China gibt es eine Vielzahl von ethnischen und religiösen Minderheiten, die
2 unter Diskriminierung und Verfolgung leiden. Insbesondere die Uiguren, Tibet-
3 Chines*innen und Falun Gong-Praktizierenden werden von der chinesischen
4 Regierung unterdrückt und ihre Grundrechte werden systematisch verletzt.

5 In den letzten Jahren kam es zu einer eine massive Unterdrückung der uigurischen
6 Minderheit, indem die chinesische Regierung diese in Internierungslager
7 verschleppt. Die Menschenrechtsverletzungen in diesen Lagern sind schwerwiegend
8 und umfassen Folter, Misshandlungen und Vergewaltigungen. Es ist unbegreiflich
9 das deutsche Unternehmen, wie beispielsweise VW und BASF, ihre wirtschaftlichen
10 Interessen über den Schutz der Menschenrechte stellen und immer noch in den
11 betroffenen Gebieten tätig sind.

12 Wir fordern daher, dass die Bundesregierung auf nationaler und internationaler
13 Ebene konkrete Maßnahmen ergreift, um den Schutz der Minderheiten in China zu
14 gewährleisten:

- 15 1. Die Unterstützung der Aufklärungsarbeit über die Situation der
16 Minderheiten in China und die Verletzung ihrer Grundrechte.
- 17 2. Eine unabhängige Untersuchung der Missstände durch die Vereinten Nationen
18 voranzutreiben.
- 19 3. Die Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen innerhalb und außerhalb
20 Chinas, die sich für die Rechte der Minderheiten in China einsetzen.
- 21 4. Das Verhängen von Sanktionen gegen den chinesischen Staat, dessen
22 Vertreter*innen und deutsche Unternehmen die in den betroffenen Regionen
23 tätig sind.

24 Wir glauben, dass es unsere Verantwortung ist, für die Rechte und die Würde
25 aller Menschen einzutreten, insbesondere für diejenigen, die unterdrückt und
26 verfolgt werden.

27 Dies gilt auch für die Situation der Aktivist*innen in Hongkong. In den letzten
28 Jahren hat die chinesische Regierung ihre Kontrolle über Hongkong stark
29 ausgeweitet und die Autonomie sowie die Freiheit und Demokratie in diesem Gebiet
30 werden immer stärker eingeschränkt. Aktivist*innen, die sich für die
31 Unabhängigkeit oder die Autonomie Hongkongs einsetzen, werden von der
32 chinesischen Regierung unterdrückt, verfolgt und eingesperrt.

33 Wir fordern daher, dass die Bundesregierung auf nationaler und internationaler
34 Ebene konkrete Maßnahmen ergreift, um den Schutz der Aktivist*innen in Hongkong

35 zu gewährleisten und die Autonomie sowie die Freiheit und Demokratie in diesem
36 Gebiet zu unterstützen:

- 37 1. Die Unterstützung der Aufklärungsarbeit über die Situation der
38 Aktivist*innen in Hongkong.
- 39 2. Die Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen innerhalb und außerhalb
40 Hongkongs, die sich für die Rechte der Aktivist*innen in Hongkong
41 einsetzen, um diplomatischen Druck auf die chinesische Regierung
42 auszuüben.
- 43 3. Die Respektierung der Autonomie Hongkongs durch die chinesische Regierung
44 und die Unterstützung der Demokratiebewegung.
- 45 4. Das Einsetzen für die Freilassung inhaftierter Aktivist*innen in Hongkong
46 mit einer finanziellen und rechtlichen Unterstützung für dessen
47 Familien.

48 Auch gegenüber Taiwan hat China in den letzten Jahren seine Drohungen verstärkt
49 und versucht, die Autonomie und die demokratischen Institutionen zu untergraben.
50 Dies stellt eine Bedrohung für die Freiheit und die demokratischen Rechte der
51 taiwanesischen Bevölkerung dar.

52 Wir fordern daher, dass die Bundesregierung konkrete Maßnahmen auf nationaler
53 und internationaler Ebene ergreift, um die Demokratie in Taiwan gegenüber China
54 zu schützen:

- 55 1. Die Unterstützung der Aufklärungsarbeit über die Bedrohung der Demokratie
56 in Taiwan durch China.
- 57 2. Die diplomatische Anerkennung Taiwans als unabhängigen Staat und die
58 Aufnahme von diplomatischen Beziehungen.
- 59 3. Das Ausüben diplomatischen Drucks auf China um die Angriffe auf die
60 Autonomie Taiwans zu unterbinden.
- 61 4. Eine Solidaritätsbekundung mit der demokratischen Gesellschaft in Taiwan.

62 Deutschland muss sich stärker gegenüber China für die Achtung der Demokratie und
63 Menschenrechte einsetzen. Wir fordern die deutsche Regierung auf, diplomatischen
64 Druck auf China auszuüben, um Verletzungen dieser Rechte zu beenden.
65 Gleichzeitig müssen wir die wirtschaftliche Abhängigkeit von China deutlich
66 verringern, um unsere Souveränität und Handlungsmöglichkeiten zu
67 behalten/auszuweiten. Es ist an der Zeit, dass Deutschland eine führende Rolle
68 in der internationalen Gemeinschaft einnimmt und für die Verteidigung der
69 Menschenrechte und Demokratie eintritt.

A10 Wir bleiben solidarisch mit den Menschen in der Ukraine!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Die GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein möge beschließen:
- 2 Der Krieg Russlands gegen die Ukraine beginnt nicht erst 2022, sondern bereits
- 3 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim als Reaktion auf die
- 4 Demokratiebestrebungen der Ukraine. Seit Anfang 2022 erleben wir nun, wie dieser
- 5 Krieg eine neue Dimension angenommen hat und sich nun nicht mehr nur auf die
- 6 Krim, sondern auf das ganze Gebiet des souveränen Staates der Ukraine
- 7 ausgeweitet hat.
- 8 Für uns bleibt klar: Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine.
- 9 Deshalb fordern wir:
 - 10 • humanitäre Hilfen während und nach dem Krieg
 - 11 • der Unterstützung der russischen Oppositionellen
 - 12 • die Aufnahme von Geflüchteten,
 - 13 • militärische Unterstützung
 - 14 • das Ende der Finanzierung des russischen Angriffskrieges durch die
 - 15 Hintertür ein
- 16 Dieser Krieg verursacht schreckliches Leid und muss ein schnellstmögliches Ende
- 17 finden. Ein Diktatfrieden auf dem Rücken der Ukrainer*innen ist keine Option.
- 18 Russland ist als Aggressor der alleinige Auslöser für den Krieg und die einzige
- 19 Kriegspartei, die diesen Krieg beenden kann. Die Ukraine darf nicht bevormundet
- 20 werden, wie der Krieg zu beenden ist und wann er für sie beendet ist.
- 21 Verhandlungen sollten also nur im Sinne der Ukrainer*innen stattfinden.
- 22 Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Dabei sind Forderungen nach
- 23 Gasimporten aus Russland oder der Laufzeitverlängerung der verbleibenden
- 24 Atomkraftwerke Nebelkerzen. Wir brauchen günstige, erneuerbare Energie für alle,
- 25 statt Hochrisikotechnologie und Abhängigkeit von autoritären Staaten!

A11NEU Menschen aufnehmen – Talibanherrschaft in Afghanistan verurteilen!

Gremium: Landesvorstand der Grünen Jugend Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Seit der Einnahme von Kabul durch die Taliban am 15. August 2021 werden die
2 Menschenrechte immer stärker eingeschränkt, Medien unterdrückt und
3 Kritiker*innen und vermeintliche Oppositionelle gefoltert und hingerichtet. Die
4 Taliban passen staatliche und institutionelle Strukturen an ihre religiösen und
5 politischen Vorstellungen an und die humanitäre Lage hat sich deutlich
6 verschärft. Seit der Machtübernahme haben die Taliban zudem Gesetze erlassen die
7 die Rechte von Frauen und Mädchen weitreichend einschränken. Sie werden unter
8 anderem davon abhalten, ihre grundlegendsten Rechte auf Meinungsäußerung,
9 Bewegungsfreiheit und Bildung auszuüben. Auch die Auswirkungen der
10 Wirtschaftskrise auf Frauen und Mädchen sind besonders gravierend, da diese es
11 immer schwerer haben, Zugang zum Sozial- und Gesundheitssystem zu erlangen.

12 Das Aufnahmeprogramm der Bundesregierung für ehemalige Ortskräfte, deren
13 Familien und afghanische Staatsangehörige in Afghanistan, die sich für Frauen-
14 und Menschenrechte eingesetzt haben oder wegen ihrer Tätigkeit in Justiz,
15 Politik, Medien, Bildung, Kultur, Sport oder Wissenschaft besonders gefährdet
16 sind schafft Perspektiven und reagiert somit auf den plötzlichen und
17 unkoordinierten Abzug westlicher Staaten. Die Kritik der Union, welche das
18 Aufnahmeprogramm als Migrationspolitik unter dem Deckmantel der Humanität zu
19 Lasten von Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden bezeichnet, darf dieses
20 nicht gefährden und muss scharf zurückgewiesen werden.

21 Mit diesem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, schnellstmöglich
22 afghanische Hilfskräfte aufzunehmen und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation
23 in Afghanistan zu ergreifen. Konkret bedeutet dies:

- 24 1. Die Bemühungen zur Wahrung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von
25 Frauen in Afghanistan zu intensivieren.
- 26 2. Die Unterstützung für humanitäre Hilfsmaßnahmen in Afghanistan zu erhöhen,
27 um die Not der Bevölkerung zu lindern.
- 28 3. Die Ausweitung des Aufnahmeprogramms der Bundesregierung für weitere
29 gefährdete Gruppen.

30 Wir als Grüne Jugend Schleswig-Holstein erkennen den Afghanistan-Einsatz als
31 gescheitert an. Um solche in Zukunft zu verhindern und Terrororganisationen wie
32 den Taliban Nährboden zuzunehmen, fordern wir:

- 34 1. Die lückenlose Aufklärung und Evaluierung des Einsatzes
35
- 36 2. Abschließende Lehren aus diesem, welche bei zukünftigen Einsätzen als
37 Vergleichswerte herangezogen werden müssen
38
- 39 3. Historische Aufarbeitung der Entstehung (islamistischer) Terrororganisation,

40 für Anhaltspunkte in Bezug auf zukünftiges außenpolitisches Handeln

41

42 Somit unterstützen wir die gefährdeten Menschen vor Ort und garantieren eine
43 Aufnahme gefährdeter Gruppen in Deutschland. Während wir gleichzeitig dafür
44 sorgen, dass weitere Bevölkerungen/Staaten so ein Schicksal nicht erleiden
45 müssen.

A12 Trotz Räumung: Lützerath bleibt! Gemeinsam gegen Kohle.

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Das Dorf Lützerath ist seit Mitte Januar 2023 geräumt, auch die letzten
2 Aktivist*innen, die in einem Tunnel verharrten, haben diesen verlassen. RWE ist
3 bereit – wie im Deal mit den Grün geführten Ministerien im Bund und im Land NRW
4 ausgemacht – die nun Brach liegende Fläche abzubaggern und die Kohle darunter zu
5 verfeuern. Damit würden wir mit dem Pariser Klimaabkommen brechen und das 1,5
6 Grad Ziel nicht mehr einhalten können. Auch in Ostdeutschland wird das Thema des
7 Kohleausstiegs in naher Zukunft wieder in den Fokus rücken.

8 Noch ist viel Kohle im Boden, in Lützerath und in Ostdeutschland. Wir fordern
9 daher:

- 10 • Einen sofortigen Stopp des Kohleabbaus im Tagebau Garzweiler 2. Die Kohle
11 unter Lützerath muss im Boden bleiben.
- 12 • Eine breite öffentliche und politische Debatte darüber, dass immer wieder
13 Beschlüsse, Abkommen o.Ä. über das Pariser Klimaschutzabkommen gestellt
14 werden.
- 15 • Klimaschutzziele aus dem Pariser Abkommen müssen bei allen künftigen
16 Entscheidungen Grundlage jeden Beschlusses sein.
- 17 • Massive Investitionen in erneuerbare Energien: Der Kohleausstieg muss
18 durch Investitionen in erneuerbare Energien begleitet werden, um
19 sicherzustellen, dass die Energieversorgung des Landes auch ohne Kohle
20 gewährleistet ist.
- 21 • Förderung von Energieeffizienz: Um den Energiebedarf zu senken, müssen
22 zusätzlich Anreize geschaffen werden, um die Energieeffizienz in
23 Wohngebäuden und bei der industriellen Produktion zu erhöhen.
- 24 • Finanzierung durch eine CO₂-Steuer: Der Kohleausstieg muss durch eine CO₂-
25 Steuer finanziert werden, um die Kosten gerecht auf alle Verursacher*innen
26 zu verteilen.
- 27 • Internationale Zusammenarbeit: Sowohl die schleswig-holsteinische
28 Landesregierung als auch die Bundesregierung müssen sich auf
29 internationaler Ebene für einen globalen Kohleausstieg und den Ausbau
30 erneuerbarer Energien einsetzen.

31 Als GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein fordern wir einen sofortigen und
32 konsequenten Ausstieg aus der Kohle. Dafür fordert die Grüne Jugend Schleswig-
33 Holstein die Landes- und Bundesregierung auf, diese Forderungen zeitnah
34 umzusetzen, um einen Beitrag zur Verringerung des Klimawandels und zur
35 Erreichung der Klimaziele zu leisten. Klimaschutz ist Menschenrecht und die

36 Einhaltung der Klimaziele darf nicht weiter hinter Profitinteressen gestellt
37 weden.

A13 Böllerverbot jetzt!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Die GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein möge beschließen:
- 2 Jedes Jahr führen wir ab November eine Debatte um das Böllern an Silvester.
- 3 Während es in den vergangenen Jahren aufgrund der Corona-Pandemie zu einem
- 4 Verkaufsverbot für Böller und Feuerwerk kam, war der Kauf und das Abbrennen von
- 5 Feuerwerk dieses Jahr deutschlandweit fast überall wieder erlaubt.
- 6 Die Vorteile, die mit einem Verbot einhergehen, sind für uns klar: Die
- 7 Feinstaubbelastung ist geringer, es entsteht weniger Müll, es kommt zu weniger
- 8 Verletzungen für Tiere und Menschen und weniger Menschen müssen ihren Alltag
- 9 einschränken. Denn durch das Feuerwerk werden zahlreiche Menschen nicht nur an
- 10 Silvester, sondern auch Tage vorher belastet. Insbesondere für
- 11 Tierbesitzer*innen und Familien mit kleinen Kindern führt dies zu einer nicht
- 12 notwendigen Einschränkung. Außerdem kann die Geräuschkulisse vor allem für
- 13 Menschen mit Fluchterfahrungen oder demente Personen retraumatisierend wirken.
- 14 Deswegen setzen wir uns für ein deutschlandweites Böller- und Feuerwerksverbot
- 15 für Privatpersonen ein. Wir fordern die Landesregierung auf, im Rahmen ihrer
- 16 Möglichkeiten das Böllerverbot umzusetzen und ein Böllerverbot als
- 17 Bundesratsinitiative einzubringen.
- 18 Wir verurteilen die rassistische Debatte im Nachgang des letztjährigen
- 19 Silvesters auf Schärfe. Insbesondere erschreckt uns, wie offen diskriminierend
- 20 Teile der CDU/CSU und FDP aufgetreten sind. Wir setzen uns deswegen für mehr
- 21 rassismuskritische Bildungsarbeit und Aufklärung in Schleswig-Holstein ein.
- 22 Diese muss sowohl innerhalb als auch außerhalb des schulischen bzw.
- 23 universitären Kontextes kostenlos zugänglich sein. Aus mehreren
- 24 Debattenbeiträgen der letzten Jahre wissen wir, dass die schleswig-holsteinische
- 25 Bildungsministerin nicht genug Sensibilität für den Themenbereich
- 26 Diskriminierung besitzt. Deswegen soll die Zuständigkeit hierfür beim
- 27 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und
- 28 Gleichstellung liegen.

A14 Weiter geht die Fahrt: Bundesweites 29€-Bildungsticket jetzt!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein möge beschließen:
- 2 Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein setzt sich für die Einführung eines
- 3 bundesweit gültigen 29€-Bildungstickets als Angebot für alle Schüler*innen,
- 4 Auszubildende, Studierende, Teilnehmende an Freiwilligendiensten und allen unter
- 5 21-Jährigen in Schleswig-Holstein ein. Für 348€ im Jahr können junge Schleswig-
- 6 Holsteiner*innen so von einem günstigen Mobilitätsangebot im ÖPNV profitieren.
- 7 Zusätzlich setzen wir uns für eine 50% Ermäßigung für Menschen mit geringem
- 8 Einkommen ein.
- 9
- 10 Das Land soll eine Finanzierung des Bildungstickets übernehmen. Das Angebot soll
- 11 monatlich kündbar und flexibel buchbar sein.

Begründung

Bei der Erstellung des letzten Wahlprogrammes von Bündnis90/Die Grünen haben wir als GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein erfolgreich für die Forderung nach einem 365€-Bildungsticket eingesetzt, welche im Koalitionsvertrag jedoch nur in abgeschwächter Form Berücksichtigung gefunden hat. Durch die Ermöglichung des 9€-Tickets durch den Bund sowie des bald eingeführten Deutschland-Tickets für 49€ pro Monat wurde gezeigt, dass bezahlbare Mobilität ohne Tarifschunzel möglich ist. Insbesondere für junge Menschen ist diese Summe kaum finanzierbar, weshalb wir uns für ein ermäßigtes Ticket einsetzen. Langfristig streben wir einen kostenlosen ÖPNV für alle an.

A15 Für mehr Erkenntnisse im Kampf gegen Demokratiefeindlichkeit!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Die GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein möge beschließen:
- 2 2022 ist das Jahr gewesen, in dem die AfD erstmals nicht den (Wieder-)Einzug in
- 3 ein Parlament geschafft hat. Dies ist ein Erfolg, der jedoch jederzeit wieder
- 4 rückgängig gemacht werden kann. Dass demokratiefeindliche bzw. rechtsextreme
- 5 Akteur*innen jeden gegen die Demokratie arbeiten, hat spätestens die Razzia
- 6 gegen die Szene der Reichsbürger*innen, Verschwörungstheoretiker*innen und
- 7 Rechtsextremist*innen im Dezember 2022 gezeigt. Deshalb stehen wir jeden Tag
- 8 entschlossen für Vielfalt, Toleranz, Solidarität und Demokratie ein.
- 9 Wir sehen, dass es sowohl für die Zivilgesellschaft als auch für
- 10 Sicherheitsbehörden und Politik eine tiefergehende Auseinandersetzung mit
- 11 demokratiefeindlichen und –gefährdenden Bestrebungen, Strukturen und Bewegungen
- 12 braucht. Als GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein fordern wir die Einrichtung eines
- 13 außeruniversitären und unabhängigen Forschungsinstituts nach Vorbild des
- 14 Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena. Dieses soll sich auf die
- 15 Forschung im Bereich Diskriminierung, Vorurteile und Gruppenbezogene
- 16 Menschenfeindlichkeit, Hasskriminalität und Hasssprache, Rechtsextremismus und
- 17 Rechtspopulismus, Protest, Antisemitismus sowie die Auswirkungen und Dynamiken
- 18 der Digitalisierung auf diese Erscheinungen fokussieren. Die Phänomene sollen
- 19 auf lokaler, regionaler, bundesweiter, europäischer wie internationaler Ebene
- 20 betrachtet werden.
- 21 Wir fordern das Land Schleswig-Holstein auf, innerhalb dieser Legislaturperiode
- 22 finanzielle Mittel bereitzustellen und die Einrichtung bis spätestens 2027 zu
- 23 realisieren.